

**Corinna Beck,
Fraktionsvorsitzende
BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN im LVR**

Rede zum Haushalt 2019 Köln, 08.10.2018

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,
sehr geehrte Landesdirektorin,
sehr geehrte Gäste,

verehrte Kolleginnen und Kollegen der Landschaftsversammlung,

„ich freue mich auf die Haushaltsberatungen 2019“, das war der Schlusssatz meiner Stellungnahme zur Haushaltseinbringung im Mai dieses Jahres.

Meine Freude war aufrichtig, denn der vorgelegte HH-Planentwurf war solide, kommunalfreundlich, transparent in Bezug auf vorhandene Risiken – kurzum: die Verwaltung allen voran Kämmerin Renate Hötte und ihr Team haben eine guten Job gemacht!

Vielen Dank dafür!

Es ist gut, dass der Haushaltsentwurf sich nur auf ein Haushaltsjahr bezieht.

In den vergangenen Jahren haben wir immer wieder erfahren, dass ein Doppelhaushalt gerade das nicht schafft, was er verspricht: Planungssicherheit.

Wir haben einen Nachtragshaushalt nach dem anderen beschlossen, weil die Einnahmen- und Ausgabenentwicklung sich so schnell änderten, dass vor allem das zweite Jahr des Doppelhaushalts kaum noch dem verabschiedeten Plan entsprach. Das macht Mehrarbeit für die Verwaltung, und das ist eher irritierend als verlässlich.

Auch in diesem Haushalt waren zwischen erster und zweiter Modellrechnung Mehreinnahmen von 77 Millionen Euro zu verbuchen. Das muss schnell und zeitnah verarbeitet werden. Auch das spricht für eine jährliche Haushaltsberatung.

In diesem Punkt ist unsere geschätzte Kämmerin allerdings anderer Meinung: Sie legt diesen Haushalt **ausnahmsweise** nur für ein Jahr vor, um dann wieder zu Doppelhaushalten zurückzukehren.

Damit wäre dann allerdings auch wieder der politische Wille der derzeitigen Mehrheit umgesetzt.

Dass Schwarz/Rot sich an Doppelhaushalten erfreut, ist wiederum nicht überraschend, denn diese GroKo zeichnet sich nicht durch Debattierfreudigkeit aus, wie die „Beratungen“ zum Haushalt in den Fachausschüssen eindrucksvoll bestätigt haben.

Und das ging so:

Auf der Basis einer guten Finanzlage des LVR haben die Fraktionen fleißig politische Initiativen formuliert. Die Anträge wurden in die Fachausschüsse eingebracht, um dort diskutiert, bewertet und fachlich weiterentwickelt und im Idealfall im politischen Konsens beschlossen zu werden.

So war meine Erwartung und aufgrund meiner nunmehr fast 25-jährigen kommunalpolitischen Erfahrung hielt ich diese Erwartung für durchaus realistisch.

Doch was passierte?

Die schwarz-rote Mehrheit hielt es nicht für nötig, ihre Anträge vorzutragen, geschweige denn zu begründen. Von Debatte keine Spur!

Spätestens da erhielt meine Freude einen heftigen Dämpfer!

Doch das war noch nicht alles:

Die GroKo sah sich nicht in der Lage, die von meiner Fraktion fristgerecht vorgelegten Anträge in den Fachausschüssen zu diskutieren und hat sie fast komplett ohne Votum in den Landschaftsausschuss vertagt. Die Begründung war, sie seien zu spät eingegangen und hätten noch nicht in den Mehrheitsfraktionen beraten werden können.

Nun war es mit meiner Freude endgültig vorbei!

Was ist das denn bitteschön für ein Demokratieverständnis!

Wo, wenn nicht in den Fachausschüssen sollen denn fachpolitische Initiativen diskutiert werden?

Für eine **Vertagung des Beschlusses** über unsere Anträge hätte ich ja Verständnis gehabt, aber die Weigerung, die Anträge auch nur zu diskutieren, ist nicht nachvollziehbar und diskreditiert die Expertise auch ihrer eigenen Fachpolitiker*innen in den Fachausschüssen.

Die Krone aufgesetzt hat aber ihr Verhalten im Landesjugendhilfeausschuss. Sie haben mit ihrer Mehrheit verhindert, dass die stimmberechtigten Trägervertreter ihr Votum zu den Haushaltsanträgen abgeben konnten.

Sie haben damit die gesetzlich verankerte Partizipation ad absurdum geführt!
Ein Meisterstück der Demokratieverhinderung!

Meine Damen und Herren von CDU und SPD mein Politikverständnis ist ein Anderes!

Gerade in einer Zeit, in der demokratische Grundsätze auch bei uns in Deutschland von rechten Populisten in Frage gestellt werden, in der sich rechter Terror neu formiert, ist es fatal, wenn selbst im Kleinen demokratische Prozeduren ausgehebelt werden.

Was haben wir also getan?

Wir haben für unsere Anträge auch jenseits der Ausschusssitzungen geworben, wir haben versucht, unseren Kolleginnen und Kollegen der Mehrheitsfraktionen Brücken zu bauen, wir haben mit Ausschussskolleg*innen Gespräche geführt. Dabei wurde uns vielfach Unterstützung für unsere Anliegen signalisiert.

Offensichtlich hat dieses Signal die hochgeschätzten Mitglieder des LA nicht beeindruckt.

Im Landschaftsausschuss haben Sie mit aberwitzigen Argumenten unsere Anträge - bis auf einen - abgelehnt.

Wie beim Antrag „Gewaltprävention für Frauen mit Behinderung“ – der tatsächlich ausnahmsweise im Fachausschuss besprochen wurde - haben Sie abgelehnt, wo weitgehende Einigkeit bestand und wir die Argumente mit in einen Ergänzungsantrag genommen haben.

Für diesen Antrag hat sich übrigens der **Beirat für Inklusion** einstimmig ausgesprochen. Soviel zu Ihrer Wertschätzung für dieses Gremium.

Im Inklusionsausschuss wollten Sie sogar verhindern, dass die politischen Beiratsmitglieder ihr Votum zu den Anträgen abgeben. Das ist abenteuerlich.

Doch seien wir mal ehrlich:

Mit ein bisschen gutem Willen hätten Sie den einen oder anderen Grünen Antrag mittragen können.

Aber Sie haben das nicht nötig – das habe ich verstanden!

An Konsens sind Sie nicht interessiert, die Arroganz der Macht lässt grüßen. Aber das ist brandgefährlich! Darüber müssen Sie sich im Klaren sein. Denn so wird ein Bild von Politik genährt, in dem Konfrontation dominiert und nicht der demokratische Kompromiss. Und das nützt den Falschen.

Meine Fraktion hat die meisten Anträge der anderen Fraktionen mitgetragen, weil sie vernünftig waren oder zumindest unschädlich.

Dabei hat uns Ihr Antrag zur besseren Finanzierung von KoKoBe und SPZ wirklich überrascht, weil Sie unseren gleichlautenden Antrag beim Doppelhaushalt 17/18 noch abgelehnt hatten.

Wir haben Ihren Anträgen zugestimmt, weil wir daran interessiert sind, gemeinsam für die Menschen im Rheinland Politik zu machen.

Wir wollten eine Brücke bauen.

Bei einem Antrag jedoch können wir absolut nicht zustimmen:

Sie wollen ein weiteres Dezernat schaffen für „Digitalisierung, IT-Steuerung, Mobilität und technische Innovation“.

Wir erkennen die Bedeutung dieser Themen für die künftige Arbeit des LVR durchaus an. Unsere Verwaltung bearbeitet diese Aufgabenfelder aber bereits intensiv. Ein weiteres Dezernat ist dafür nicht notwendig.

Wir sind gespannt, wie unsere Mitgliedskommunen, die ja die Arbeit des LVR größtenteils über ihre Umlage finanzieren, das kommentieren. Mit dem neuen Dezernat ist es Schwarz/Rot gelungen, allein in dieser Wahlperiode zwei zusätzliche Dezernate zu schaffen. Damit gibt es beim LVR zehn Dezernate, zwei mehr als beim Schwesterverband Westfalen-Lippe und zwei mehr als bei der Stadt Köln.

Außerdem soll das neue Dezernat künftig noch personell aufwachsen, was immer das heißen mag. Wenn ich die Ergänzungsvorlage zum Haushalt richtig lese, soll die Dezernatsspitze in absehbarer Zeit mit einer Landesrätin oder einem Landesrat besetzt werden.

Vielleicht wenn der amtierende Geschäftsführer der Kasse in Ruhestand geht?

Wir lehnen diese Geldverschwendung jedenfalls strikt ab.

Dem Haushaltsentwurf der Verwaltung können wir folgen. Er zeichnet sich wieder durch Transparenz und Seriosität aus. Dafür mein herzlicher Dank an alle Mitarbeitenden der Verwaltung, die an der Haushaltsaufstellung beteiligt waren. Wie immer fühlten wir uns bei unseren Haushaltsberatungen gut durch die Verwaltung unterstützt, und alle Nachfragen wurden kompetent und zeitnah beantwortet.

Die stark gestiegenen Einnahmen haben die erneute Umlagesatzsenkung möglich gemacht. Obwohl wir den Umlagesatz jetzt um weitere 0,27 Prozentpunkte senken, können wir damit auch noch die zusätzlichen Ausgaben von knapp 30 Millionen Euro seit der Haushaltsaufstellung decken. Aber natürlich muss auch erwähnt werden,

dass trotz der Umlagesatzsenkung auf 14,43 Prozentpunkte die rheinischen Städte und Kreise jetzt fast 80 Millionen Euro mehr zahlen als 2018. Das zeigt, dass die Steuereinnahmen der Kommunen im Ganzen im vergangenen Jahr deutlich gestiegen sind. Allerdings müssen wir beachten, dass das Durchschnittswerte sind. Vor allem den Stärkungspaktkommunen steht nach wie vor das Wasser bis zum Hals. Die großen Herausforderungen werden erst mit zurückgehender Konjunktur auf uns zukommen.

Wie sich das Bundesteilhabegesetz auf unseren Haushalt auswirken wird, erscheint noch ziemlich unklar, mit der neuen Zuständigkeit für die Frühförderung kommen aber sicherlich weitere Millionenkosten auf uns zu. Wir sind jedoch der festen Überzeugung, dass unsere Verwaltung bei der mittelfristigen Finanzplanung dafür schon ausreichend Sicherheiten eingebaut hat.

Ob allerdings das „Moratorium für den Stellenplan“ der Weisheit letzter Schluss ist, wage ich in Frage zu stellen. Den Stellenplan zu deckeln und dann über die Schaffung von Zahlungsmöglichkeiten das Moratorium gleich wieder zu unterlaufen ist nicht besonders konsequent. Unser Eindruck ist, dass für die meisten Zahlstellen tatsächlich dauerhaft Bedarf besteht. Dann sollten sie ehrlicherweise im Stellenplan auch auftauchen. Wir haben bei den Beratungen über die Umsetzung des BTHG bereits darauf hingewiesen, dass gerade durch die zusätzlichen Stellen für die dezentrale Bedarfsermittlung eine deutliche Ausweitung des Stellenplans bevorsteht. Und dass dies zu großen Problemen bei der Personalgewinnung führen kann. Sieht man sich allein die aktuellen Bearbeitungsrückstände im Sozialbereich an, dann bleibt zu hoffen, dass die Verwaltung diese Herausforderung meistert. Dabei wünschen wir viel Erfolg und werden dies genau beobachten.

In der Gesamtabwägung könnten wir dem Haushaltsentwurf der Verwaltung zustimmen. Auch die Umlagesenkung ist aus Sicht unserer Kreise und Städte positiv. Das war ein solides Fundament für eine tragfähige Brücke zwischen allen Fraktionen.

Allerdings stimmen wir beim Haushalt nicht nur über ein Zahlenwerk der Verwaltung ab, sondern wir bewerten auch die politische Ausrichtung des LVR. Und hier müssen wir feststellen, dass Schwarz/Rot nicht willens war, die von uns gebauten Brücken zu begehen.

Mit Ihrem Verhalten bei den Haushaltsberatungen haben Sie diese mutwillig beschädigt.

Ihr Antrag für ein zusätzliches Dezernat hat weitere Abrissarbeiten geleistet. Das bedauern wir ausdrücklich, aber einem solchen Haushalt können wir nicht zustimmen.

Doch wir lassen uns unseren Optimismus nicht nehmen und bieten Ihnen, meine Damen und Herren der politischen Mehrheit, auch weiter unsere konstruktive Zusammenarbeit an im Sinne einer inklusiven, nachhaltigen und demokratischen Entwicklung im Rheinland.

Zum Schluss möchte ich mich ganz herzlich bedanken bei den Mitgliedern meiner Fraktion für die intensive Beratung des diesjährigen Haushalts.

Bedanken möchte ich mich aber auch bei der Verwaltungsspitze des Hauses und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die konstruktive und vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Und all denjenigen, die in den kommenden Jahren an der Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes im LVR mitwirken, wünsche ich eine glückliche Hand bei ihrer komplexen und verantwortungsvollen Aufgabe.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

1.544 Wörter

9.620 Zeichen